

Kleine Anfrage
des Abgeordneten Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

**Stillgelegte Teilstrecke Mühldorf–Wasserburg der DB-Kursbuchstrecke 941
Mühldorf–Rosenheim**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß die oben angegebene, 1985 aus technischen Gründen auf Busbedienung im Personenverkehr umgestellte Bahnstrecke derzeit mit Millionenaufwand saniert wird?

Wie hoch genau sind die Investitionskosten?

2. Trifft es zu, daß die Sanierung, also insbesondere der Wiederaufbau von zwei Brücken, nicht von der Deutschen Bundesbahn, sondern aus Mitteln des Einzelplanes 14 des Bundeshaushaltes bezahlt wird, weil das Bundesministerium der Verteidigung die Verbindung Mühldorf–Wasserburg–Rosenheim aus strategischen Gründen für wichtig hält?

3. Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn, würde sie den planmäßigen Schienenpersonennahverkehr oder den durchgehenden Güterverkehr auf der Strecke wieder aufnehmen, einen Teil der Instandsetzungskosten an das Bundesministerium der Verteidigung zu zahlen hätte?

Ist es richtig, daß sich die Deutsche Bundesbahn dazu bisher nicht bereit erklärt hat?

4. Trifft es zu, daß in jedem Fall Gelder der Steuerzahler/innen verwendet werden, um die Bahnstrecke zu sanieren?

Glaubt die Bundesregierung nicht, daß es bei den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen in der Region auf völliges Unverständnis stößt, daß eine mit öffentlichen Geldern sanierte Schienenstrecke nicht befahren wird, weil die Bahn nicht bereit ist, dem Bundesministerium der Verteidigung Geld zu zahlen?

5. Wieviel Geld wird im Bundeshaushalt eingespart, wenn die Bahn diese Strecke nicht befährt?

6. Wie haben sich die Verkehrszahlen auf der Strecke Mühldorf–Wasserburg im Vergleich zu früher entwickelt, seit die Strecke 1985 von der Bahn auf die Busbedienung umgestellt wurde?

Wie viele Fahrgäste fuhren früher mit dem Schienenbus?

Wie viele Fahrgäste fahren heute mit dem Straßenomnibus?

7. Wäre die Deutsche Bundesbahn bereit, die Strecke Mühldorf–Wasserburg im Schienenpersonenverkehr wieder zu bedienen, wenn das Bundesministerium der Verteidigung nicht auf einer Beteiligung der Deutschen Bundesbahn an den Sanierungskosten bestehen würde?

Bonn, den 4. April 1989

Weiss (München)

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion